

N I E D E R S C H R I F T

über die 19. Sitzung des Verkehrsausschusses

| | |
|------|--|
| vom: | 13.06.2002 |
| von: | 16:00 Uhr |
| bis: | 18:30 Uhr |
| Ort: | Rathaus Geisweid, Großer Sitzungssaal |

Anwesend waren:

I. Vom Verkehrsausschuss:

Zips, Joachim - als Vorsitzender -
Gerlach, Heinrich
Hahn, Harald
Heupel, Rüdiger
Müller, Heinz
Müller-Kurz, Ingo
Nickel, Volker
Plate, Helmut - für Stv Siebel , Helmut -
Sonntag, Hartmut - bis 17.40 Uhr, TOP 14 ö. T. -
Stinner, Jürgen - für Stv Dreisbach, Jürgen -
Vogler, Alfred
Wolf, Bruno - für AM Heimann, Lothar -

II. Beratende Mitglieder:

Al-Omary, Falk
Bettermann, Gerhard
Diehl, Hans-Dieter - für AM Jung, Paul Gerhard -
Schmidt, Volker
Scholz, Rainer

III. Als Zuhörer:

IV. Aufgrund besonderer Einladung:

Herr Oliver Backhaus - Vorsitzender des Vereines Nachexpress - nur ö. T. -

V. Von der Verwaltung:

Nicht anwesend waren:

Zur Tagesordnung:

Die Tagesordnung wird im öffentlichen Teil um die Punkte 4.2, 4.3, 14 und 15 erweitert, Punkt 4.1 wird unter Punkt 6 mitbehandelt.

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift

Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift wird Herr Plate bestimmt.

19. VerkA 13.06.2002

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 11.04.2002

Zu TOP 8, Unterpunkt 8, ist sein Wortbeitrag zu korrigieren, so Herr Vogler. Bedingt durch den Fahrradstreifen ist in der Brüder-Busch-Straße ein zweireihiges Aufstellen der Kraftfahrzeuge nicht mehr möglich. Er regte daher an, den fahrbahnteilenden Mittelstreifen so weit wie nötig auf die entgegenkommende Fahrspur zu verschieben.

Unter Berücksichtigung dieser Anmerkung wird die Niederschrift bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

19. VerkA 13.06.2002

3. Fragestunde

Es liegen keine Anfragen vor.

19. VerkA 13.06.2002

4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

4.1. Busspur Freudenberger Straße

Antrag der UWG-Fraktion vom 16.04.2002

Der Tagesordnungspunkt wird unter Punkt 6 des öffentlichen Teiles mitbehandelt.

19. VerkA 13.06.2002

4.2. Projekt „Nachtbus“

Antrag der CDU-Fraktion vom 02.06.2002

Herr Weidt informiert, dass ein Gespräch mit den Verkehrsbetrieben Westfalen-Süd AG (VWS) am 29.01. diesen Jahres stattgefunden hat. Über eine Erhöhung der von den Kommunen zu leistenden Beteiligungsbeträge für den Nachtbus wurde zu diesem Zeitpunkt noch nicht gesprochen. Erst in einem weiteren Gespräch am 10.04.2002, an dem die Stadt Siegen jedoch aufgrund terminlicher Überschneidungen nicht teilnehmen konnte, wurde ein Papier mit den diesbezüglichen Vorstellungen der VWS vorgelegt. Hiernach würde sich der von der Stadt Siegen jährlich zu leistende Beitrag von 10.300,00 € auf 26.500,00 € erhöhen. Eine Finanzierung dieser enormen Mehrkosten kann über den defizitären städtischen Haushalt nicht abgewickelt werden. Aufgrund der Ortsbehördenkonferenz am 10.06.2002, in der die Problematik thematisiert wurde, wurde durch die VWS ein neues Angebot unter Zugrundelegung der bisherigen Kostenbeteiligungen, aber auch stark geschmälerter Leistungen, unterbreitet. Der Verwaltungsvorstand hat hierüber noch keine abschließende Meinung gebildet.

Herr Backhaus unterrichtet, dass der Verein Nachtexpress maßgeblich an der Einrichtung des Projektes Nachtbus beteiligt war. Die anfänglichen Benutzerzahlen waren aus Perspektive des Vereines sehr zufriedenstellend. Nach Aussage der VWS entwickelten sich die Zahlen so stark rückläufig, dass ein kostendeckender Betrieb derzeit nicht möglich ist. Resultierend wurden durch die VWS drei Angebote vorgelegt:

- unveränderte Leistungen unter Zugrundelegung eines verbesserten Services bei einer ca. 4-fachen Mehrbeteiligung der Kommunen,
- Reduzierung der Anzahl der Fahrten bestimmter Linien bei gleichbleibender Beteiligung der Kommunen,
- Einstellung des Nachtbusbetriebes zum 19.12.2002, für diesen Fall ist eine Kündigung bis zum 15.07.2002 erforderlich.

Zwischenzeitlich hat Herr Backhaus mit Konkurrenzunternehmen der VWS Kontakt aufgenommen, mit der Bitte, Angebote zur Weiterführung des Nachtbusbetriebes abzugeben. Die bisher unterbreiteten Angebote liegen deutlich unter den durch die VWS vorgeschlagenen Preisen.

Die Entwicklung der Nutzerzahlen führt er u. a. darauf zurück, dass der breitgefächerte Adressatenkreis des Angebots Nachtbus in der Öffentlichkeit zu wenig bekannt ist. So richtet sich dieses an *alle* Personen- und Altersgruppen und nicht nur an

Jugendliche für den Hin- und Rückweg zur Disko.

Der Vertrag mit den VWS sollte gekündigt werden, fordert Herr Al-Omary. Mehrere Alternativangebote sind einzuholen, wobei er vorschlägt, auch die Fa. Connex zu beteiligen.

Beschluss (auf Antrag von Herrn Hahn):

Der Verkehrsausschuss des Rates der Stadt Siegen beauftragt die Verwaltung, rechtzeitig Alternativangebote von Konkurrenzunternehmen der VWS zur Fortführung des Nachtbusbetriebes einzuholen, damit eine Kündigung des Vertrages mit den VWS fristgerecht möglich ist.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

19. VerkA 13.06.2002

4.3. Schulwegsicherung der Straße „Am Sender“ und Beschilderung eines Radweges im Batterieweg

Antrag der SPD-Fraktion vom 31.05.2002

Ein Vermerk zur von Herrn Benner vorgetragenen Stellungnahme der Verwaltung ist der Niederschrift in Kopie als Anlage beigelegt.

Herr Vogler erinnert an Zusagen bzw. Anregungen, die der Kreis Siegen-Wittgenstein bezüglich eines Radweges entlang des sog. „Bäumchesweges“ in der Vergangenheit getätigt hat und bittet um deren Einbeziehung in weitere Überlegungen. Die ange-dachte Verkehrsberuhigung im Bereich der Grundschule sollte sich nach Möglichkeit bis zur ehemaligen Realschule fortsetzen.

Die CDU-Fraktion erachtet den Antrag im Rahmen der Schulwegsicherung als sinn-voll, so Herr Hahn.

Herr Müller-Kurz fordert, dass aufgrund der von der Giersbergstraße / Tiefenbacher Straße ausgehenden Gefährdung eine Schulwegsicherung in Richtung Dreis-Tiefenbach nicht nur entlang des „Bäumchesweges“, sondern mindestens bis zum Stockweg, wenn nicht sogar darüber hinaus, fortzuführen ist.

Beschluss (auf Antrag der SPD-Fraktion):

Im Rahmen der Schulwegsicherungsmaßnahmen der Stadt Siegen ist die für die Schüler in der Straße „Am Sender“ unerträgliche Situation durch geeignete Maß-nahmen zu beseitigen.

In der Straße „Batterieweg“ ist der 2,5 m breite Fußgängerweg von der Kolpingstraße bis zur Einmündung Giersbergstraße auch für Radfahrer zu beschildern.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

19. VerkA 13.06.2002

5. Kreisverkehr Ortsmitte Trupbach

Mündlicher Bericht

Herr Kminkowski führt aus, dass der Kreisverkehr in der Ortsmitte Trupbach am 06.06.2001 im Verkehrsausschuss vorgestellt und am 13.05.2002 entsprechend markiert wurde. Aufgrund von Beschwerden aus der Bevölkerung per Unterschriftensammlung wurden nachträglich zwei Zebrastreifen angelegt, die Bushaltestelle vergrößert und der Schriftzug „Bus“ aufgebracht. Weiterhin wurde zugunsten einer besseren Erkennbarkeit des Kreisverkehrs eine Schraffierung in dessen Mittenbereich vorgenommen.

Die Erfahrungen mit diesem Provisorium zeigen, dass die Schulkinder die Straße an den vorgesehenen Stellen queren und die Aufstellfläche an der Bushaltestelle i. d. R. nicht übertreten. Durch die durch den Kreisverkehr entstandene Verkehrsberuhigung ist die Sicherheit der Fußgänger besser gewährleistet. Insbesondere in der Eingewöhnungsphase war festzustellen, dass die für den Kreisverkehr gültigen Verkehrsregeln nicht von allen Fahrzeugführern eingehalten wurden. Seitdem ist die Akzeptanz allerdings erheblich gestiegen. Dennoch hat eine durchgeführte Messung ergeben, dass der Kreisel teilweise mit stark überhöhter Geschwindigkeit mittig durchkreuzt wird.

Die Verkehrsbetriebe Westfalen-Süd AG (VWS) stehen dem Kreisel positiv gegenüber, zu Beschwerden von Fahrgästen / Busfahrern ist es nicht gekommen.

Durch die direkten Anlieger des Kreisels wird dieser nicht befürwortet. Die Zufahrt zu den Garagen und das beim Verlassen erforderliche Rückwärtseinfahren in den Kreisel würde aufgrund der gefahrenen Geschwindigkeiten und dem zeitweise hohen Verkehrsaufkommen zu einem Risiko.

Die Polizei sieht das Problem, dass Busse beim Andienen der Haltestelle im Kreisverkehr halten, was nach der Straßenverkehrsordnung nicht erlaubt ist, und unterbreitet drei Handlungsalternativen:

- Entfernung der Haltestelle,
- Verlegung der Haltestelle in den Bereich der Freifläche an den Wertstoffcontainern,
- Reduzierung des Kreiseldurchmessers.

Die Verwaltung ist demgegenüber der Auffassung, dass die für Busse schraffierte Fläche allein den Bussen vorbehalten und demnach keine Fahrfläche ist. Wenn die vorgegebene Haltestellenfläche entsprechend genutzt wird, kann der Privatverkehr ungehindert fließen.

Vorgeschlagen wird, das gegenüber den Anwohnern abgegebene Versprechen, im Auge des Kreisverkehrs Schwellen aufzubringen und dadurch das Durchfahren durch den Kreisel zu erschweren, zu realisieren. Eben solche Schwellen könnten im selben Zug auch im Bereich der durchgezogenen Linie an der Bushaltestelle aufgebracht werden, um den Bedenken der Polizei Rechnung zu tragen.

Herr Schmidt zeigt auf, dass das Halten in einer als Kreisel markierten und somit zur Fahrbahn gehörenden Fläche für Fahrzeuge aller Art verboten ist. Entweder ist die Bushaltestelle außerhalb anzuordnen oder der Kreiseldurchmesser zu verkleinern, damit die jetzige Bushaltestelle bestehen bleiben kann. Polizeiliche Kontrollen können erst dann durchgeführt werden, wenn der Kreisel richtlinienkonform gestaltet ist, was derzeit nicht der Fall ist.

Der Kreisverkehr ist Ergebnis intensiver Vorüberlegungen und sollte nicht vorschnell aufgegeben werden, so Herr Hahn. Er setzt sich dafür ein, dem von Herrn Kminowski unterbreiteten Vorschlag zu folgen und eine ¼-jährige Erprobungsphase durchzuführen. Weitere Anregungen können ggf. berücksichtigt werden. Bezüglich der Probleme, die Herr Schmidt geäußert hat, könnte die Arbeitskommission eine Ortsbesichtigung vornehmen.

Nach den Beobachtungen Herrn Plates funktioniert der Kreisel mittlerweile einwandfrei. Der Aufstellplatz für Busse reicht seines Erachtens nicht ganz aus. Eine Verlegung in den Bereich des Spar-Marktes würde das Problem lösen.

Auch Herr Vogler favorisiert eine Verlegung der Haltestelle. Bis zum Zeitpunkt der Klärung diesbezüglicher offener Grunderwerbsfragen kann der Kreiseldurchmesser verkleinert werden. Er gibt zu bedenken, dass ein Rückwärtseinfahren in den Kreisel aus den Garagen verboten ist.

Sollte eine Verlegung nicht realisierbar sein, so ist zumindest die rechtliche Zulässigkeit der jetzigen Bushaltestelle einwandfrei zu prüfen, fordert Herr Al-Omary. Um die Verkehrssicherheit zu erhöhen, sollte nach der von Herrn Hahn angedeuteten Erprobungsphase eine Kalotte inmitten des Kreisels rot markiert werden.

Herr Zips macht darauf aufmerksam, dass ein Halten der Busse in den Grenzen der Haltestelle dann problematisch wird, wenn sich Benutzer des öffentlichen Nahverkehrs (insbesondere Kinder) nicht an die für sie aufgezeichnete Fläche halten. Wunsch der Anwohner ist eine attraktivere Gestaltung / Begrünung des betroffenen, als Ortsmitte zu sehenden Areales.

Herr Müller-Kurz hebt hervor, dass im Sinne einer Geschwindigkeitsreduzierung nicht nur ein Kreisverkehr in Frage kommt. So könnte z. B. eine Fahrbahnverschwenkung dasselbe Ziel erreichen.

- ◆◆◆ Der Verkehrsausschuss des Rates der Stadt Siegen beauftragt die Verwaltung, im Auge des Kreisverkehrs in der Ortsmitte Trupbach Schwellen aufzubringen und dadurch das Durchfahren durch den Kreisel zu erschweren. Eben solche Schwellen sind auch im Bereich der durchgezogenen Linie an der Bushaltestelle aufzubringen, um eine eindeutige Abtrennung von der Fahrfläche erkennbar werden zu lassen. Nach Durchführung einer ¼ jährigen Erprobungsphase ist erneut Bericht zu erstatten. Grunderwerbsüberlegungen / -verhandlungen bezüglich einer Verlegung der Bushaltestelle in den Bereich der Wertstoffcontainer wird die Verwaltung fortsetzen, eine Attraktivierung / Begrünung des Bereiches Ortsmitte wird ge-

prüft.

Die Arbeitskommission wird die Situation der Bushaltestelle unter Bezugnahme auf die von der Polizei geäußerten Probleme in Augenschein nehmen und über eine ggf. erforderliche Verkleinerung des Kreiseldurchmessers beraten.

19. VerkA 13.06.2002

6. Busspur Freudenberger Straße

Mündlicher Bericht

dazu: Antrag der UWG-Fraktion vom 16.04.2002 (s. TOP 4.1)

Herr Sondermann führt aus, dass im Zusammenhang mit der Ende letzten Jahres vorgenommenen Fahrbahnerneuerung der Freudenberger Straße die erneute Markierung der Busspur zunächst ausgesetzt wurde. Nach dem Votum des Verkehrsausschusses sollten die Verkehrsabläufe zunächst ohne Busspur beobachtet werden, um im Anschluss eine Entscheidung zur Notwendigkeit der Wiederanlegung zu treffen.

Folgende Gründe haben in einem am 14.05.2002 durchgeführten interfraktionellen Gespräch unter Beteiligung der Polizei, der Verkehrsbetriebe Westfalen-Süd AG, des Landesbetriebes Straßenbau und der Straßenverkehrsbehörde zu dem Ergebnis geführt, dass die Busspur wiedereingerichtet werden soll:

- Staulänge und Stauzeit des Individualverkehrs mit Fahrtrichtung Stadtmitte wird durch die längere Benutzungsmöglichkeit einer zweiten Fahrspur nicht vermindert, da die betroffenen Fahrzeuge auf jeden Fall auf eine Fahrspur zurückgeführt werden.
- In die Engstelle wird zum Teil mit sehr hohen Geschwindigkeiten eingefahren, wobei das nach Einmündung der Numbachstraße angeordnete Überholverbot permanent missachtet wird.
- Die bisher bereits vor Einmündung der Trupbacher Straße in die Freudenberger Straße vorgenommene Aufteilung der Fahrspuren (Bus- / Individualverkehr) für ein geordnetes Einfahren in die jeweilige Fahrspur ist verkehrssicherer und hat sich bewährt. Gegen eine spätere Einrichtung der Busspur Richtung Numbachstraße spricht die Straßenführung der freien Strecke mit einer zulässigen Höchstgeschwindigkeit von 70 km/h im langgezogenen Kurvenbereich.

Es ist davon auszugehen, dass die durch den Landesbetrieb Straßenbau beauftragte Firma kurzfristig mit den Markierungsarbeiten beginnt.

Herr Plate unterrichtet, dass die Firma ihre Tätigkeit am heutigen Morgen aufgenommen hat.

◆◆◆ Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

19. VerkA 13.06.2002

7. Verkehrsberuhigung in der Hohe Straße in Siegen-Geisweid

Mündlicher Bericht

dazu: Auszug aus der Niederschrift HFA 08.05.2002

dazu: Vorlage 1911/2002

Herr Benner führt aus, dass sich die Verkehrsströme aufgrund der Großbaumaßnahmen in der Birlenbacher Straße und am Klafelder Markt, aufgrund der Sperrung der Hofbachstraße aus Fahrtrichtung Stadion und aufgrund der mehrmals variierten Verkehrsführung in der Hüttenstraße in der Vergangenheit immer wieder sehr stark verändert haben, da die Kraftfahrer Umfahrungen für jeweils problematische Bereiche suchten.

Die Ergebnisse mehrerer Verkehrserhebungen in der Hohe Straße und die Unfallentwicklung in dem in Rede stehenden Bereich begründen keinen Handlungsbedarf für verkehrslenkende oder -ordnende Maßnahmen.

Er schlägt vor, die Entwicklung der Verkehrsströme aufgrund des Baufortschritts der Maßnahme Birlenbacher Straße und der Fertigstellung des Regenüberlaufbeckens am Klafelder Markt abzuwarten und erneut Beobachtungen durchzuführen. Sollte Handlungsbedarf festgestellt werden, wird der Verkehrsausschuss informiert.

Zu den Anmerkungen eines Anliegers in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses merkt er folgendes an:

- Der „Blaue Bock“ verfügt über Parkmöglichkeiten, die über die Birlenbacher Straße anzufahren sind und weiterhin über solche, die über Hohe Straße - Wilhelm-Raabe-Straße angedient werden. Ob der seinerzeit auf der Birlenbacher Straße befindliche Parkstreifen nach Beendigung der Baumaßnahmen wieder eingerichtet wird, ist zu prüfen.
- Bezüglich der Schließungen der Hofbachstraße und der Hüttenstraße weist er darauf hin, dass die Verkehrsströme (wie oben ausgeführt) ständigen Änderungen unterlegen sind und dass insbesondere die Hüttenstraße wieder in beide Richtungen befahrbar ist.
- Der gesamte Bereich Hohe Straße ist in der flächendeckenden Tempo-30-Zone enthalten. Zusätzlich zur Beschilderung wurden entsprechende Piktogramme aufgebracht.
- Die Beschilderung der Tempo-30-Zone ist deutlich sichtbar, zur besseren Sichtbarkeit evtl. dennoch erforderliche Freischneidungen werden durch den städtischen Bauhof erledigt.

Herr Hahn bittet, die im Haupt- und Finanzausschuss von den Herren Brune und Elter geäußerten Vorschläge zum Thema „Hohe Straße“ (Erörterung zu Möglichkeiten einer Geschwindigkeitsreduzierung in Arbeitskommission und Fachausschuss, ein-

monatige Beobachtung der Verkehrsentwicklung nach Öffnung der Hüttenstraße und anschließende Beratung zur Einrichtung einer Anwohnerparkzone) bei künftigen Überlegungen und in die abschließenden Beratungen einzubeziehen.

Die weitere Verfahrensweise stellt er sich so vor, dass nach Beendigung der Baumaßnahme Birlenbacher Straße die Entwicklung der Verkehrsströme ¼ Jahr lang beobachtet wird. Sollten die „alten“ Verkehrsverhältnisse wieder zurückkehren, so ist kein Handlungsbedarf zu sehen. Sollte dies nicht der Fall sein, so sind weitere Schritte, wie z. B. Anordnung versetzten Parkens oder einseitige Sperrung, zu prüfen. Möglichst bald sollte sich die Arbeitskommission der Thematik im Rahmen einer Ortsbesichtigung annehmen. Eventuell kann kurzfristig über erste Erkenntnisse in der kommenden Sitzung des Verkehrsausschusses beraten werden.

- ◆◆◆ Der Verkehrsausschuss des Rates der Stadt Siegen spricht sich dafür aus, nach Beendigung der Baumaßnahme Birlenbacher Straße die Entwicklung der Verkehrsströme für ¼ Jahr zu beobachten. Handlungsbedarf für die „Hohe Straße“ ist nur für den Fall zu sehen, dass die „alten“ Verkehrsverhältnisse, die vor der Baumaßnahme geherrscht haben, nicht zurückkehren. Möglichst umgehend wird sich die Arbeitskommission der Thematik annehmen, anschließend ist im Verkehrsausschuss über Ergebnisse zu berichten.

19. VerkA 13.06.2002

8. Verkehrssituation Fludersbach

Mündlicher Bericht

dazu: Auszug aus der Niederschrift Rat 24.04.2002

Herr Sondermann bezieht sich auf die Beratungspunkte, die der Rat an den Verkehrsausschuss zur Beratung und Beschlussfassung überwiesen hat.

- *Konsequente Überwachung der Geschwindigkeitsbeschränkung*

Nach Mitteilung der Polizei hat diese neben ihrer regelmäßigen Streifen­tätigkeit bei gezielten Sonderkontrollen die Straße Fludersbach überdurchschnittlich in Überwachungsmaßnahmen einbezogen. Was den LKW-Verkehr an­betrifft hätten Geschwindigkeitsverstöße lediglich im Verwarnungsgeldbereich gelegen. Bei Kontrollen des Deponieverkehrs ist es zu Beanstandungen (speziell an Containerfahrzeugen), wie z. B. Lärm durch Ketten oder unver­schlossene Containerdeckel, nicht gekommen. Im Sinne der Verkehrsberuhi­gung sollte dennoch erneut darüber nachgedacht werden, ggf. versuchswei­se bis zum Beginn der Straßenbaumaßnahme die zulässige Geschwindigkeit für den LKW-Verkehr in Richtung Deponie (wie dies für die Gegenrichtung bereits der Fall ist) auf 30 km/h zu beschränken. Gemeinsam mit dem Kreis werden derzeit Vor- und Nachteile der Installation einer Geschwindigkeits­messanlage („Starenkasten“) bzw. der Aufstellung einer mobilen Anlage, die dem Vorbeifahrenden mittels eines Displays die jeweils gefahrene Ge­schwindigkeit verdeutlicht, abgewogen.

- *Verhängung eines Nachtfahrverbotes für LKW*

Ein generell zeitlich beschränktes Verkehrsverbot für LKW wird aufgrund bereits getroffener Maßnahmen und den zu beachtenden Grundsätzen von Verhältnismäßigkeit und Übermaßverbot nicht angeordnet werden können. Es ist unvermeidbar, dass insbesondere das in der Fludersbach befindliche SB-Warenhaus auch am späten Abend oder frühen Morgen angefahren werden muss. Ebenso wäre der städtische Fuhrpark betroffen. Durch den Betreiber der Müllumschlag- und Sortieranlage wurden die Kunden bereits aufgefordert, Anlieferungen erst ab 6.45 Uhr vorzunehmen.

- *Prüfung der Zulässigkeit von Anlieferungen über einen Umkreis von 100 km bis 150 km hinaus*

Abfälle zur *Beseitigung* werden der Deponie lediglich aus dem Kreisgebiet zugeführt. Bei Anlieferungen *weiterzuverwertender Abfallarten* existiert keine räumliche Begrenzung. Nach abfallrechtlichen Bestimmungen besteht laut Aussage des Kreises auch keine Möglichkeit, eine Beschränkung vorzunehmen. Die Betreiberfirma der durch die Bezirksregierung genehmigten Anlage hat sich selbst bereits dadurch beschränkt, dass Anlieferungen aus dem benachbarten Ausland nicht angenommen werden.

Herr Hahn stellt fest, dass die Frage einer Geschwindigkeitsüberwachung nicht in die Zuständigkeit des Verkehrsausschusses fällt. Die Einrichtung eines LKW-Nachtfahrverbotes für den Bereich oberhalb des SB-Warenhauses ist als Kompromisslösung zu überprüfen. Eine Beurteilung der Rechtmäßigkeit von Anlieferungen über einen bestimmten Umkreis hinaus kann im Verkehrsausschuss nicht vorgenommen werden.

Der von Herrn Hahn unterbreitete Kompromiss eines LKW-Nachtfahrverbotes oberhalb des Warenhauses kann aufgrund der Speditionsfirmen, die sich darüber noch befinden, nach Meinung von Herrn Vogler nicht zum Tragen kommen. Auf den Kreis Olpe sollte hingewirkt werden, dass Anlieferfahrzeuge zur Deponie den betroffenen Bereich frühestens ab 6.00 Uhr frequentieren sollten. An den Eintritt des erhofften Erfolges bei Einrichtung einer Geschwindigkeitsreduzierung für LKW in beide Fahrrichtungen glaubt Herr Vogler nicht. Erschwerend sind dann Überholmöglichkeiten für PKW völlig ausgeschlossen.

- ◆◆◆ Der Verkehrsausschuss des Rates der Stadt Siegen spricht sich dafür aus, versuchsweise bis zum Beginn der Straßenbaumaßnahme in der Fludersbach die zulässige Geschwindigkeit für den LKW-Verkehr in Richtung Deponie (wie dies für die Gegenrichtung bereits der Fall ist) auf 30 km/h zu beschränken. Die Einrichtung eines Nachtfahrverbotes für LKW ab dem Bereich des SB-Warenhauses ist zu überprüfen. Auf den Kreis Olpe ist hinzuwirken, dass Anlieferfahrzeuge zur Deponie den betroffenen Bereich frühestens ab 6.00 Uhr frequentieren.

19. VerkA 13.06.2002

**9. Parkbevorrechtigungen für Handwerker, Handel und ambulante soziale Dienste
hier: Erfahrungsbericht**

Vorlagennr. 1981/2002

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss nimmt den Erfahrungsbericht zur Kenntnis und stimmt der künftigen Verfahrensweise zu.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

**10. Arbeitskommission des Verkehrsausschusses
- Abgrenzung von Zuständigkeiten und Festlegung von Beratungspunkten -**

Vorlagennr. 1978/2002

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss des Rates der Stadt Siegen nimmt die Stellungnahme der Straßenverkehrsbehörde zur Kenntnis und stimmt der dargestellten Abgrenzung von Zuständigkeiten und Verfahrensweise zur Festlegung von Beratungspunkten zu.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

**11. Arbeitskommission des Verkehrsausschusses
hier: Bestellung des Vorsitzenden**

Vorlagennr. 1984/2002

Herr Müller schlägt Herrn Hahn als künftigen Vorsitzenden der Arbeitskommission vor.

Weitere Vorschläge werden nicht unterbreitet.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss des Rates der Stadt Siegen beschließt, Herrn Harald Hahn als Vorsitzenden der Arbeitskommission zu bestellen.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 1 Enthaltung (CDU)**12. Neubesetzung der Arbeitskommission des Verkehrsausschusses**

Vorlagennr. 1895/2002

Beschluss (mit Ergänzung auf Antrag von Herrn Hahn):

Der Verkehrsausschuss des Rates der Stadt Siegen bestellt Herrn Ingo Müller-Kurz vom bisher stellvertretenden zum ordentlichen Mitglied (Nachfolger für Herrn Thomas Reincke) und Herrn Michael Groß zum stellvertretenden Mitglied (Nachfolger für Herrn Ingo Müller-Kurz) der Arbeitskommission des Verkehrsausschusses.
Für den aus der Arbeitskommission ausgeschiedenen Herrn Uwe Elter wird Herr Hartmut Sonntag zum ordentlichen Mitglied bestellt.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**13. Ausbau der Stadtstraße Fludersbach
- von der Frankfurter Straße bis Einmündung Peipers Halde -**

Vorlagennr. 1840/2002

Auf Frage von Herrn Vogler antwortet Herr Sondermann, dass sich die Gebührenpflicht auf alle Anlieger erstreckt, deren Grundstück über einen Zugang / eine Zufahrt zur Straße Fludersbach verfügt.

Herr Schlenther legt dar, dass die Diplomarbeit einer Studentin der Universität Siegen zum Ausbau des Verkehrsknotenpunktes Schleifmühlchen (Machbarkeitsstudie) abgeschlossen ist und in einer der nächsten Sitzungen sowohl dem Verkehrs-, als auch dem Bauausschuss vorgestellt wird.

Herr Vogler drängt darauf, dass die Vorstellung in der kommenden Sitzung erfolgt.

Die tatsächliche Nutzung der Straße Fludersbach steht in einem offensichtlichen Missverhältnis zur Umlegung der Ausbaukosten, so Herr Müller-Kurz. Der Anteil des Kreises Siegen-Wittgenstein ist vergleichsweise zu niedrig. An den der Stadt Siegen zu Lasten fallenden Folgekosten sollte der Kreis beteiligt werden. Die Anlieger werden durch Lärmbelästigung und hohe Beiträge doppelt belastet.

Die Ausschussmitglieder Al-Omary und Vogler schließen sich ihrem Vorredner an, wobei Herr Vogler ergänzt, dass die Misere in ihrem jetzigen Ausmaß erst nach Genehmigung der Einrichtung der Müllsortierstation entstanden ist.

Herr Schlenther weist darauf hin, dass der Anteil des Kreises nicht auf einer rechtlichen Verpflichtung basiert, sondern auf rein freiwilliger Basis erbracht wird.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss des Rates der Stadt Siegen schließt sich dem Votum des Bauausschusses an, wonach die Stadtstraße Fludersbach von der Frankfurter Straße bis zur Einmündung Peipers Halde, wie in dem der Vorlage als Anlage beigefügten Plan dargestellt, auszubauen ist.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 1 Enthaltung**14. Einrichtung von Fußgängerüberwegen („Zebrastrreifen“) im Stadtgebiet Siegen**

Vorlagenr. 1919/2002

Der Entfernung sogenannter „Berliner Kissen“ sollte eine hohe Priorität eingeräumt werden, meint Herrn Hahn. Einerseits ist diese Art von Querungshilfen rechtlich nicht mehr zulässig, andererseits ist das städtebauliche Erscheinungsbild mehr als mangelhaft. Aufpflasterungen, die teilweise sehr ansprechend gestaltet wurden, sollten nach Möglichkeit erhalten bleiben. Bei künftigen Aufpflasterungen ist darauf zu achten, dass sich Fehler der Vergangenheit bezüglich des Aufbaus nicht wiederholen.

Herr Schlenther macht deutlich, dass bei den aus der Vorlage resultierenden Maßnahmen vor Durchführung in jedem Einzelfall ein Beschluss der betroffenen politischen Gremien herbeigeführt wird.

Zu einem besseren Schutz der Fußgänger begrüßt Herr Müller-Kurz die Renaissance der Zebrastrreifen. Zum Wortbeitrag von Herrn Hahn merkt er an, dass diejenigen „Berliner Kissen“, die nicht als Querungshilfe, sondern zum Zweck der Geschwindigkeitsreduzierung eingebaut wurden, weiterhin notwendig sind.

Herr Plate fordert, bei Überlegungen zur Neuanlage von Zebrastrreifen die betroffenen Anlieger einzubeziehen.

Sämtliche Erhöhungen des Fahrbahnprofils (Schwellen), die den Einsatz von Notfallfahrzeugen behindern, müssen vordringlich entfernt werden, so Herr Vogler.

Herr Al-Omary erinnert an diesbezügliche Schwachpunkte, die im Brandschutzbedarfsplan benannt werden (z. B. Wiesenstraße), auch hier ist Abhilfe zu schaffen.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss des Rates der Stadt Siegen beschließt, dass anstelle von provisorischen Querungshilfen zur Sicherung der Fußgänger beim Überqueren der Fahrbahn bei Bedarf Fußgängerüberwege (Zebrastrreifen) angelegt werden sollen.

Dem Bauausschuss des Rates der Stadt Siegen wird empfohlen, dass die Mittel für den Bau dieser Anlagen in den Jahren 2003 - 2006 bereitgestellt werden sollen.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**15. Ausbau der Giersbergstraße**

Mündlicher Bericht

dazu: Auszug aus der Niederschrift BA 10.06.2002

Herr Schlenther präsentiert anhand von Folien zwei unterschiedliche Ausführungsvarianten der Gestaltung des Einmündungsbereiches Giersbergstraße / Bürbacher Weg.

Die „klassische Variante“ geht von einer T-förmigen Einmündung des Bürbacher Weges aus. Eine Verbesserung der Verkehrsabläufe zugunsten der Fußgänger und des aus Richtung Bürbach kommenden Verkehrs kann jedoch nur unter der Voraussetzung einer vollen Signalisierung erreicht werden. Gegenüber den bisherigen Planungen würden hierfür zusätzliche Kosten i. H. v. 70 T€ entstehen.

Die „Kreiselvariante“ wurde aufgrund der Beratung im Bauausschuss durch Verlagerung des Kreiselmittelpunktes überarbeitet. Die Geschwindigkeit des Bergabverkehrs kann durch Anlegen eines Zebrastreifens über die Giersbergstraße vor dem Einmündungsbereich Bürbacher Weg, durch teilweise Gehwegverbreiterung und durch Einbringen einer mit einem Baum bepflanzten Verkehrsinsel maßgeblich reduziert werden. Ein zweiter Zebrastreifen ist über den Bürbacher Weg vorgesehen, in der Vergangenheit durchgeführte Untersuchungen bezeugen die Notwendigkeit. Der Radius des Kreisverkehrs lässt sich so auslegen, dass eine Befahrbarkeit (unter Inanspruchnahme der Kreiselinnenfläche) auch für Busse und LKW gewährleistet ist. Die Kosten blieben im Rahmen des Zuschussantrages.

Bei der Pflanzung von Bäumen im Umfeld eines Kreisels befürchtet Herr Zips Sichtbehinderung der Kraftfahrzeugfahrer.

Herr Schmidt schließt sich seinem Vorredner an und ergänzt, dass er große Bedenken hat, dass die dringend notwendige Geschwindigkeitsreduzierung des Bergabverkehrs bei Realisierung des Kreisverkehrs nicht erreicht wird. Die derzeitige Unfallsituation macht eine völlige Neugestaltung des Einmündungsbereiches in Form eines Kreisels nicht erforderlich.

Insbesondere im Winter kann Straßenglätte im Kreiselbereich der Gefällstrecke zu einer höheren Unfallgefahr führen, so Herr Plate. Eine Schneedecke würde Fahrbahnmarkierungen zudem verdecken.

In der vorgelegten Form ist die Kreiselösung nicht spruchreif, so Herr Müller.

Herr Al-Omary erachtet bauliche Veränderungen im betroffenen Bereich nicht für erforderlich. Er wendet sich gegen zusätzliche Kosten für eine Lichtsignalanlage.

Herr Müller-Kurz votiert zugunsten der vorgestellten Kreiselösung. Insbesondere der Verkehrsfluss aus Richtung Bürbach würde flüssiger. Die Bepflanzungsmöglichkeit

ist städtebaulich als positiv zu bewerten. Da eine Lichtsignalanlage entbehrlich ist, entfallen die hierfür anzusetzenden Kosten.

Auch Herr Vogler spricht sich für die Kreiselvariante aus. Hierbei ist darauf zu achten, dass die Zebrastreifen in richtliniengemäßigem Abstand vom Kreisel aufgebracht werden. Die Möglichkeit eines frühzeitigen Blickkontaktes des Kraftfahrers zum Fußgänger muss gewährleistet sein.

Ein Kreisverkehr ist ein sicherer Weg, die dringend erforderliche Geschwindigkeitsreduzierung in dem Verkehrsknotenpunkt zu erreichen, meint Herr Bettermann.

Grundsätzlich sind Kreiselösungen zwar wünschenswert, im vorliegenden Fall jedoch beantragt Herr Hahn aufgrund nicht ausgeräumter Bedenken der Polizei, den Ausbau des Knotenpunktes Giersbergstraße / Bürbacher Weg in Form der klassischen Variante, allerdings ohne Lichtsignalanlage, auszuführen. Anstelle der Beampelung sollten Zebrastreifen in der Giersbergstraße oberhalb der Einmündung des Bürbacher Weges und im Bürbacher Weg aufgebracht werden.

Beschluss (auf Antrag der CDU-Fraktion):

Der Verkehrsausschuss des Rates der Stadt Siegen empfiehlt dem Bauausschuss, den Ausbau des Knotenpunktes Giersbergstraße / Bürbacher Weg in Form der klassischen Variante, allerdings ohne Lichtsignalanlage, zu beschließen. Anstelle der Beampelung sind Zebrastreifen in der Giersbergstraße oberhalb der Einmündung des Bürbacher Weges und im Bürbacher Weg aufzubringen.

Beratungsergebnis: 9 Stimmen dafür, 2 dagegen (SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), 0 Enthaltungen

19. VerkA 13.06.2002

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 4
Fachbereich 9 / Bauverwaltung
Bearbeitet von: Herrn Benner

Datum
28.05.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Verkehrsausschuss

13.06.2002

Betreff:

Parkbevorrechtigungen für Handwerker, Handel und ambulante soziale Dienste
hier: Erfahrungsbericht

Beschlussvorschlag:

Der Verkehrsausschuss nimmt den Erfahrungsbericht zur Kenntnis und stimmt der künftigen Verfahrensweise zu.

Sachverhalt / Begründung:

Die Straßenverkehrsbehörden können nach § 46 Straßenverkehrsordnung in bestimmten Einzelfällen oder allgemein für bestimmte Antragsteller Ausnahmen genehmigen. Diese können sich u. a. auf bestehende Halt- und Parkverbote, die Bedienung der Parkuhr, des Parkscheinautomaten oder Parkscheiben bzw. sonstige Beschränkungen durch Vorschriftzeichen, Richtzeichen oder Verkehrseinrichtungen beziehen.

Die einschlägigen Verwaltungsvorschriften konkretisieren diese Regelung dahingehend, dass die Erteilung einer Ausnahmegenehmigung nur in besonders dringenden Fällen gerechtfertigt ist, wobei an den Nachweis der Dringlichkeit strenge Anforderungen zu stellen sind.

Entsprechend dem Erlass des Ministers für Stadtentwicklung und Verkehr vom 09.08.1991 wurden Empfehlungen für den o. g. Personenkreis ausgesprochen, statt Einzelausnahmegenehmigungen zeitlich befristete Pauschalgenehmigungen hinsichtlich der Parkberechtigung in Anwohnerparkzonen pp zu erteilen. Hiermit verbunden sollte ein effektiveres Verwaltungshandeln, nicht zuletzt auch im wirtschaftlichen Interesse, sein.

Trotz der zwischenzeitlich ergangenen vielfachen Änderungen der Straßenverkehrsordnung ist die Empfehlung hinsichtlich der Parkerleichterungen noch nicht weiter in der StVO konkretisiert worden.

Der Verkehrsausschuss hat in der Sitzung vom 08.06.1994 die nachfolgende Verfahrensweise hinsichtlich der Gewährung von Parkerleichterungen beschlossen:

Die Sonderparkberechtigung umfasst:

- a) das Parken in Anwohnerzonen,
- b) das unentgeltliche Parken auf bewirtschafteten Flächen mit Parkuhren, Parkscheinautomaten, sowie der Parkscheibenregelungen,
- c) das Parken in Haltverbotszonen, die speziell als Ladezonen ausgewiesen sind.

Für andere Bereiche, wie Fußgängerzonen, absolute Haltverbotsstrecken nach Zeichen 283 StVO muss es bei einer einzelfallbezogenen Ausnahmegenehmigung bleiben, die einer besonderen Prüfung unterliegt.

Die seit ca. 8 Jahren praktizierte Verfahrensweise hat sich vom Grundsatz her bewährt. So wurden halbjährlich rd. 250 Ausnahmegenehmigungen für Handwerker und ca. die gleiche Anzahl für soziale Dienste erteilt.

Die Zahl der Ausnahmen für Handwerksbetriebe wurde seinerzeit auf zwei Fahrzeuge pro Betrieb begrenzt.

Bei den sozialen Diensten erfolgten bedarfsorientierte Regelungen.

Neue Verfahrensweise ab 01.7.2002

Hinsichtlich der Parkbevorrechtigungen für Handwerker wird vorgeschlagen angesichts des nachgewiesenen Mehrbedarfs die Zahl der Genehmigungen von zwei auf vier auszudehnen und die zeitliche Befristung von derzeit sechs Monaten auf ein Jahr vorzunehmen.

Hinsichtlich der Verwaltungsgebühren von derzeit 25 € für Handwerker erhöht sich der Betrag somit auf 50 € im Jahr pro Genehmigung.

Bezüglich der Ausnahmegenehmigungen für soziale Dienste hat die Erfahrung ergeben, dass eine Trennung zwischen eingetragenen gemeinnützigen und gewerblich orientierten sozialen Diensten erforderlich ist.

„Reine“ soziale Dienste unterliegen weiterhin einer Gebührenbefreiung.

Gewerbsmäßig betriebene Einrichtungen unterliegen künftig der Gebührenpflicht, wobei hier zunächst eine Gebühr von 25 € pro Ausnahmegenehmigung erhoben werden sollte. Die Genehmigung wird ebenfalls für ein Jahr erteilt.

Im Auftrag

Schul

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja

☒ nein

| Gesamtkosten der Maßnahme | jährliche Folgekosten | Finanzierung Eigenanteil | Finanzierung objekt bezogene Einnahmen | Abstimmung mit dem Kämmerer |
|------------------------------|-----------------------|-----------------------------|---|--|
| | | | | <input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen |

Veranschlagung

| | | | | |
|-----------------------------------|-----------------------------------|-------------------------------|----------------------------------|-----------------|
| <input type="checkbox"/> im VermH | <input type="checkbox"/> im VerwH | <input type="checkbox"/> Nein | <input type="checkbox"/> Ja, mit | Haushaltsstelle |
|-----------------------------------|-----------------------------------|-------------------------------|----------------------------------|-----------------|

Anlagen:

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 4
Fachbereich 9 / Bauverwaltung
Bearbeitet von: Herrn Sondermann

Datum
28.05.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Verkehrsausschuss

13.06.2002

Betreff:

**Arbeitskommission des Verkehrsausschusses
- Abgrenzung von Zuständigkeiten und Festlegung von Beratungspunkten -**

Beschlussvorschlag:

Der Verkehrsausschuss des Rates der Stadt Siegen nimmt die Stellungnahme der Straßenverkehrsbehörde zur Kenntnis und stimmt der dargestellten Abgrenzung von Zuständigkeiten und Verfahrensweise zur Festlegung von Beratungspunkten zu .

Sachverhalt / Begründung:

Von Mitgliedern der Arbeitskommission war in der letzten Sitzung Kritik hinsichtlich der zur Beratung anstehenden Punkte und deren Aufnahme in die Tagesordnung geäußert worden.

Nach der Zuständigkeitsordnung für die Ausschüsse des Rates der Stadt Siegen vom 14.12.1994 hat der Rat sein Entscheidungsrecht in bestimmten Angelegenheiten auch auf den Verkehrsausschuss übertragen.

Der Verkehrsausschuss entscheidet hiernach über:

- Stellungnahmen und Empfehlungen zu Grundsatzfragen der allgemeinen Verkehrsplanung
- Stellungnahmen und Empfehlungen der Arbeitskommission des Verkehrsausschusses

Was die Funktion und Aufgaben der Arbeitskommission angeht, so sagt die Zuständigkeitsordnung hier erläuternd:

„Zur Entlastung des Verkehrsausschusses bildet dieser einer Arbeitskommission, der 6 Mitglieder des Verkehrsausschusses angehören und die zusammen mit den Vertretern von Polizei, Verkehrswacht, Verkehrsgemeinschaft Westfalen-Süd, Straßenbaubehörden und Straßenverkehrsbehörde die gesetzlichen Aufgaben der Verkehrsschau gem. VwV zu § 45 StVO wahrnimmt. Die Arbeitskommission legt die Ergebnisse ihrer Überprüfungen in Verkehrsfragen von grundsätzlicher Bedeutung und in Verkehrsangelegenheiten, die ihr vom Verkehrsausschuss zur Vorbereitung und Untersuchung überwiesen wurden, dem Verkehrsausschuss zur abschließenden Beratung und Entscheidung vor“.

Was die Tätigkeit der Arbeitskommission angeht, so sind somit 2 Aufgabenbereiche zu unterscheiden:

1. Übernahme der gesetzlichen Aufgaben der Verkehrsschau gem. VwV zu § 45 StVO sind ein für die Verkehrsbehörden unentbehrliches und in den allgemeinen Verwaltungsvorschriften zur StVO zwingend vorgeschriebenes Mittel zur Erfüllung ihrer Aufgaben. Im Rahmen der Verkehrsschau soll umfassend geprüft werden, ob an den öffentlichen Straßen – insbesondere den Bundes-, Landes- und Kreisstraßen – die Voraussetzungen für die Abwicklung eines reibungslosen Verkehrs noch vorhanden sind und welche Verbesserungen ggf. notwendig sind. Insbesondere ist darauf zu achten, dass die Verkehrszeichen und Verkehrseinrichtungen, auch bei Dunkelheit gut sichtbar sind und sich in gutem Zustand befinden, dass die Sicht an Kreuzungen, Bahnübergängen und Kurven ausreicht und ob sie sich noch verbessern lässt. Gefährliche Stellen sind darauf zu überprüfen, ob sie sich ergänzend zu den Verkehrszeichen oder an deren Stelle durch Verkehrseinrichtungen wie Leitpfosten, Leittafeln, durch Schutzplanken oder durch bauliche Maßnahmen ausreichend sichern lassen.
Die Verkehrsschau ist somit ein wichtiges Instrument für die Verkehrsbehörden, neue Erkenntnisse über den Verkehrsablauf und den Sicherheitszustand auf den Straßen, soweit er durch verkehrsbehördliche Maßnahmen zu beeinflussen ist, zu gewinnen.
Die Arbeitskommission legt ihre entsprechenden Empfehlungen in Form einer Niederschrift dem Verkehrsausschuss zur abschließenden Beschlussfassung vor.
2. Überprüfung von Verkehrsfragen grundsätzlicher Bedeutung;
Vorbereitung und Untersuchung vom Verkehrsausschuss überwiesener Verkehrsangelegenheiten

Bei der Wahrnehmung von straßenverkehrsbehördlichen Angelegenheiten übernimmt die Stadt Siegen als große kreisangehörige Gemeinde Aufgaben, die bundes einheitlich aufgrund ihres überörtlichen Charakters notwendigerweise gleichmäßig zu handhaben sind. Die Aufgaben und Befugnisse der örtlichen Straßenverkehrsbehörde gehören seit jeher zu den staatlichen Aufgaben und nicht zu den – freiwilligen – Angelegenheiten des gemeindeeigenen Wirkungskreises.

Den Straßenverkehrsbehörden hat der Bundesgesetzgeber die gem. §§ 44 und 45 StVO dort genannten Aufgabenbereiche und Befugnisse übertragen. Ganz überwiegend handelt es sich um Aufgaben verkehrlicher Art, die aus Gründen der Sicherheit oder Ordnung des Verkehrs erforderlich sind. In der Regel muss hierbei eine konkrete Gefahrenlage bestehen, der durch das Anbringen von Verkehrszeichen und / oder Verkehrseinrichtungen zu begegnen ist. Diese Aufgaben werden täglich seitens der Straßenverkehrsbehörde eigenverantwortlich nach pflichtgemäßem Ermessen unter Mitwirkung des Straßenbaulastträgers und der Polizei wahrgenommen.

Um diese Art der Aufgabenerledigung geht es nicht, wenn die Arbeitskommission sich mit Verkehrsfragen / Verkehrsangelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung beschäftigt. Vielmehr sind hier Angelegenheiten angesprochen, wo ein Entscheidungsspielraum der Stadt besteht, in Verkehrsangelegenheiten planerisch und gestalterisch im Sinne einer städtebaulichen Entwicklung tätig zu werden.

Diesen Bereich spricht § 45 Abs. 1 b Satz 2 der StVO an:

„Die Straßenverkehrsbehörden ordnen die Parkmöglichkeiten für Anwohner, die Kennzeichnung von Fußgängerbereichen, verkehrsberuhigten Bereichen, geschwindigkeitsbeschränkten Zonen und Maßnahmen zum Schutze der Bevölkerung vor Lärm und Abgasen oder zur Unterstützung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung im Einvernehmen mit der Gemeinde an“.

Verkehrsfragen bzw. –angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung sind weiter etwa die Anlegung von Busspuren, Ausgestaltung / Erweiterung des Radwegenetzes, Verkehrsführung in besonderen Fällen, wegweisende Beschilderungen u. ä.

Der Verkehrsausschuss kann im Rahmen seiner Zuständigkeit Verkehrsangelegenheiten zur Vorbereitung und Untersuchung vorab der Arbeitskommission überweisen. Die abschließende Beratung und Entscheidung erfolgt anschließend im Verkehrsausschuss.

Auch hier ist im Grundsatz auf das vorher Gesagte zu verweisen. Da die Straßenverkehrsbehörde im Regelfall anordnet, wo und welche Verkehrszeichen an Verkehrseinrichtungen anzubringen sind, werden entsprechende Hinweise, Empfehlungen und Feststellungen aus der Mitte des Verkehrsausschusses direkt von der Straßenverkehrsbehörde aufgenommen und von dieser im vorgeschriebenen Beteiligungsverfahren abgearbeitet.

Auch bei den vom Ausschuss an die Arbeitskommission verwiesenen Angelegenheiten sollte es sich um solche von grundsätzlicher Bedeutung handeln. Die Arbeitskommission sollte nicht betrachtet werden mit Angelegenheiten, die das „Tagesgeschäft“ der Straßenverkehrsbehörde ausmachen. Hierunter fallen auch meist die seitens der Bezirksausschüsse gegebenen Hinweise und Empfehlungen verkehrlicher Art an den Verkehrsausschuss bzw. direkt an die Arbeitskommission. Im Rahmen ihrer Zuständigkeit nimmt die Straßenverkehrsbehörde diese auf und entscheidet nach vorgenommener Prüfung und Aktenlage. Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung, die Bezirksausschüsse betreffen, werden in Abstimmung mit dem Vorsitzenden der Arbeitskommission in dieser behandelt.

Im Auftrag

Schul

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☒ nein

| Gesamtkosten der Maßnahme | jährliche Folgekosten | Finanzierung Eigenanteil | Finanzierung objekt bezogene Einnahmen | Abstimmung mit dem Kämmerer |
|------------------------------|-----------------------|-----------------------------|---|--|
| | | | | <input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen |

Veranschlagung

| | | | | |
|-----------------------------------|-----------------------------------|-------------------------------|----------------------------------|-----------------|
| <input type="checkbox"/> im VermH | <input type="checkbox"/> im VerwH | <input type="checkbox"/> Nein | <input type="checkbox"/> Ja, mit | Haushaltsstelle |
|-----------------------------------|-----------------------------------|-------------------------------|----------------------------------|-----------------|

Anlagen:

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 4
Fachbereich 9 / Bauverwaltung
Bearbeitet von: Frau Mockenhaupt

Datum

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Verkehrsausschuss

13.06.2002

Betreff:

Arbeitskommission des Verkehrsausschusses
hier: Bestellung des Vorsitzenden

Beschlussvorschlag:

Der Verkehrsausschuß des Rates der Stadt Siegen beschließt, als Vorsitzenden der Arbeitskommission Herrn _____ zu bestellen.

Sachverhalt / Begründung:

Der bisherige Vorsitzende der Arbeitskommission hat sein Mandat im Verkehrsausschuß des Rates der Stadt Siegen niedergelegt. Damit ist ebenfalls verbunden, daß er der Arbeitskommission nicht mehr angehört.

Für die Arbeitskommission ist somit ein neuer Vorsitzender zu bestellen.

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja

☒ nein

| | | | | |
|------------------------------|-----------------------|-----------------------------|--|---|
| Gesamtkosten der Maßnahme | jährliche Folgekosten | Finanzierung Eigenanteil | Finanzierung objekt- bezogene Einnahmen | Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforder- lich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen. |
|------------------------------|-----------------------|-----------------------------|--|---|

Veranschlagung

| | | | | |
|-----------------------------------|-----------------------------------|-------------------------------|----------------------------------|-----------------|
| <input type="checkbox"/> im VermH | <input type="checkbox"/> im VerwH | <input type="checkbox"/> Nein | <input type="checkbox"/> Ja, mit | Haushaltsstelle |
|-----------------------------------|-----------------------------------|-------------------------------|----------------------------------|-----------------|

Im Auftrag

Schul

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☒ nein

| | | | | |
|------------------------------|-----------------------|-----------------------------|---|---|
| Gesamtkosten der Maßnahme | jährliche Folgekosten | Finanzierung Eigenanteil | Finanzierung objekt bezogene Einnahmen | Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforder- lich, da Haus- haltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen |
|------------------------------|-----------------------|-----------------------------|---|---|

Veranschlagung

| | | | | |
|-----------------------------------|-----------------------------------|-------------------------------|----------------------------------|-----------------|
| <input type="checkbox"/> im VermH | <input type="checkbox"/> im VerwH | <input type="checkbox"/> Nein | <input type="checkbox"/> Ja, mit | Haushaltsstelle |
|-----------------------------------|-----------------------------------|-------------------------------|----------------------------------|-----------------|

Im Auftrag

Schul

Anlagen: keine

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 1
Fachbereich Sitzungsdienst
Bearbeitet von: Frau Witt

Datum
16.04.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Verkehrsausschuss

13.06.2002

Betreff:

Neubesetzung der Arbeitskommission des Verkehrsausschusses

Beschlussvorschlag:

Der Verkehrsausschuss bestellt Herrn Ingo Müller-Kurz (s. B.) zum ordentlichen Mitglied und Herrn Michael Groß (Stv) zum stellvertretenden Mitglied der Arbeitskommission des Verkehrsausschusses.

Sachverhalt / Begründung:

Aufgrund des Mandatsverzichts von Herrn Thomas Reincke (s. B.) bittet die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, vorstehende Änderungen vorzunehmen.

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja

☒ nein

| Gesamtkosten der Maßnahme | jährliche Folgekosten | Finanzierung Eigenanteil | Finanzierung objekt bezogene Einnahmen | Abstimmung mit dem Kämmerer |
|---------------------------|-----------------------|--------------------------|--|---|
| | | | | <input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen |

Veranschlagung

| | | | | |
|-----------------------------------|-----------------------------------|-------------------------------|----------------------------------|-----------------|
| <input type="checkbox"/> im VermH | <input type="checkbox"/> im VerwH | <input type="checkbox"/> Nein | <input type="checkbox"/> Ja, mit | Haushaltsstelle |
|-----------------------------------|-----------------------------------|-------------------------------|----------------------------------|-----------------|

Ulf Stötzel

Anlagen:

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 4
Fachbereich 9 / Straße und Verkehr
Bearbeitet von: Frau Schreiber

Datum
29.05.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

| | |
|------------------------------------|-------------------|
| Bauausschuss | 10.06.2002 |
| Verkehrsausschuss | 13.06.2002 |
| Bezirksausschuss IV - Mitte | 18.11.2002 |

Betreff:

Ausbau der Stadtstraße Fludersbach - von der Frankfurter Straße bis Einmündung Peipers Halde -

Beschlussvorschlag:

Der Bauausschuss des Rates der Stadt Siegen beschließt, die Stadtstraße Fludersbach von der Frankfurter Straße bis zur Einmündung Peipers Halde, wie in dem als Anlage beigefügten Plan dargestellt, auszubauen.

Sachverhalt / Begründung:

Gemäß dem Beschluss des Bauausschusses vom 10.09.2001 sollte die Baumaßnahme "Fludersbach" zur Vergabe vorbereitet werden.

Die Entwurfsplanung ist inzwischen abgeschlossen. Der Zuschussantrag befindet sich zur Prüfung bei der Bezirksregierung Arnsberg.

Der Zustand von Fahrbahn, Gehweg und Bankett ist unzureichend.

Die Untersuchung des vorhandenen bituminösen Oberbaues ergab aus 15 gezogenen Bohrkernen eine mittlere Stärke von 15 cm.

Der neue bituminöse Aufbau erfolgt gemäß Bauklasse II, d.h. er wird insgesamt 26 cm dick.

Straßenquerschnitt und Linienführung der geplanten Straße entsprechen im Wesentlichen der vorhandenen Situation. Die Trassierung der vorhandenen Fahrbahn wurde überarbeitet, was nur relativ kleine Veränderungen in Höhe und Lage zur Folge hat. Angleichungen an die vorhandenen Bebauung werden somit auf das Notwendige begrenzt.

Der geplante Ausbauquerschnitt setzt sich aus 7,50 m Fahrbahn, 2,25 m rechtsseitigem Gehweg und 1,00 m linksseitigem Bankett zusammen.

Auf einer Länge von ca. 90 m (ca. Stat. 0+90.000 bis 0+180.000) werden Fahrbahn und Gehweg mit B_{\min} Gehweg = 1,50 m und B_{\min} Fahrbahn = 6,50 m aufgrund der dichten Bebauung eingeengt.

Alle Bushaltestellen werden mit Buskapsteinen ausgerüstet und die Busbuchsituation im Einmündungsbereich Frankfurter Straße wird verbessert.

Die Einmündung Fludersbach / Frankfurter Straße wird aus Gründen der Verkehrssicherheit signalisiert. Nach Maßgabe des Verkehrsausschusses hat die Unfallkommission unter Beteiligung des Verkehrsingenieurs der Bezirksregierung, aus Gründen der Verkehrssicherheit, eine komplette Signalisierung des Knotens Schleifmühlchen unter Einbeziehung der Einmündung Fludersbach vorgeschlagen.

Die vorhandenen Signalanlagen werden erneuert und Freileitungen unterirdisch verlegt.

Zwischen den Häusern Nr. 35 und Nr. 39 muß eine ca. 4 m hohe Schlackebeton-Mauer erneuert werden. Die Maueroberfläche ist größtenteils zerstört und weist 10 bis 20 cm tiefe Ausbrüche vor. Die Dauerhaftigkeit der Mauer ist nicht mehr gegeben. Die neue Mauer wird aus Ortbeton mit einer Bruchsteinverblendung hergestellt.

Die Höhe der Baukosten für den Ausbau der Straße einschließlich der Signalisierungen und der Stützmauererneuerung betragen laut Kostenberechnung 1,513 Mio. €.

Die Maßnahme ist im Investitionsprogramm 2001 - 2005 mit geschätzten Kosten von 1,205 Mio. € (einschl. Haushaltsreste aus 2001 von rd. 180.000 €) veranschlagt. Der etatisierte Eigenanteil beträgt rd. 250.000 €.

Die Veranschlagung beruhte auf einer ersten Schätzung. Die nunmehr vorliegende Kostenberechnung führt zu einem Stadtanteil von rd. 447 T€ (Baukosten insg.: rd. 1,67 Mio. €).

Mit der Maßnahme kann erst begonnen werden, wenn die Finanzierung des zusätzlichen Eigenanteils in Höhe von rd. 198 T€ durch Umschichtungen im Geschäftsbereich 4 sichergestellt ist.

Finanzielle Auswirkungen

☒ ja

☐ nein

| Gesamtkosten der Maßnahme | jährliche Folgekosten | Finanzierung Eigenanteil | Finanzierung objekt bezogene Einnahmen | Abstimmung mit dem Kämmerer |
|---------------------------|-------------------------------------|--------------------------|--|--|
| 1,673 Mio. € | 5 % der Baukosten = 0 076 Mio. € | 0,447 Mio. € | KAG-Beiträge 0,118 Mio. | <input checked="" type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen |

Veranschlagung

| | | | | |
|--|-----------------------------------|-------------------------------|----------------------------------|---------------------------------|
| <input checked="" type="checkbox"/> im VermH | <input type="checkbox"/> im VerwH | <input type="checkbox"/> Nein | <input type="checkbox"/> Ja, mit | Haushaltsstelle 1.630.9546.7 |
|--|-----------------------------------|-------------------------------|----------------------------------|---------------------------------|

Im Auftrag

Schul

Anlagen: Lageplan

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 4
Fachbereich 9/2 Straße und Verkehr
Bearbeitet von: Herrn Schlenther

Datum
17.05.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Verkehrsausschuss

13.06.2002

Bauausschuss

24.06.2002

Betreff:

Einrichtung von Fußgängerüberwegen („Zebrastrreifen“) im Stadtgebiet Siegen

Beschlussvorschlag:

Der Verkehrsausschuss des Rates der Stadt Siegen beschließt, dass anstelle von provisorischen Querungshilfen zur Sicherung der Fußgänger beim Überqueren der Fahrbahn bei Bedarf Fußgängerüberwege (Zebrastrreifen) angelegt werden sollen.

Der Bauausschuss des Rates der Stadt Siegen beschließt, dass die Mittel für den Bau dieser Anlagen in den Jahren 2003 - 2006 bereitgestellt werden sollen.

Sachverhalt / Begründung:

Die Sicherung des Fußgängers beim Überqueren der Fahrbahn ist eine der wichtigsten Aufgaben der örtlich zuständigen Straßenverkehrsbehörde, Straßenbaubehörde und der Polizei.

Genau wie in anderen Städten und Gemeinden wurden in Siegen seit 1984 nur in Ausnahmefällen Zebrastrreifen eingesetzt. Grund war, dass die in der Richtlinie für die Anlage und Ausstattung von Fußgängerüberwegen (R-FGÜ 1984) genannten Einsatzkriterien die Anlage von Zebrastrreifen oftmals verhinderten. Diese Kriterien, d. h. mindestens 100 Fußgänger pro Spitzenstunde und zwischen 300 und 600 Kfz pro Spitzenstunde konnten in vielen Fällen nicht erfüllt werden.

In einem Modellvorhaben des Ministeriums für Wirtschaft und Mittelstand, Energie und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen wurde 1999 überprüft, unter welchen Voraussetzungen Zebrastrreifen angelegt werden könnten.

Der Versuch mit 28 Fußgängerüberwegen hat die Erwartungen in vollem Umfang erfüllt. **Es konnte nachgewiesen werden, dass Fußgängerüberwege bei sachgerechter Ausführung sichere Querungsmöglichkeiten für Fußgänger darstellen.** Es reicht aber nicht aus, lediglich „Zebrastreifen“ zu markieren und die Verkehrszeichen „Fußgängerüberweg“ aufzustellen. Vielmehr bedarf die Planung und Anordnung von Fußgängerüberwegen örtlich angepasste Lösungen entsprechend den jeweiligen verkehrlichen und städtebaulichen Randbedingungen. Eine genaue Untersuchung des örtlichen Umfeldes ist ebenso erforderlich wie die Anpassung zusätzlicher Ausstattungselemente.

Mit dem Modellvorhaben wurde bewiesen, dass die allgemein verbreitete Annahme, Zebrastreifen seien unsicherer als Ampeln oder Querungshilfen ohne Fußgängervorrang, nicht zutreffend ist. In Bezug auf Sicherheit, Akzeptanz, Leistungsfähigkeit und Verkehrsablauf können sie mit anderen Querungsanlagen des Fußgängerverkehrs konkurrieren.

Inzwischen liegen auch die neuen R-FGÜ 2001 vor. Damit kann die Renaissance der Zebrastreifen auch in Siegen in Angriff genommen werden.

Im Stadtgebiet sind folgende Querungshilfen ohne Fußgängervorrang mittig in der Fahrbahn eingebaut worden:

- B 62 Siegtalstraße / Einmündung Im Drottental
- K 26 Sohlbacher Straße / an mehreren Stellen
- K 4 Bürbacher Weg / Einmündung Giersbergstraße

Der Bauhof hat nachstehende Schadensbilder und Folgemaßnahmen an diesen Querungshilfen festgestellt.

- Beschädigungen durch Verkehrsunfälle
- Schäden an Bordanlage und Wasserführung durch Änderung der Verkehrsführung
- zusätzliche Beschilderung (Zeichen 222)
- aufwendige Reparaturen aufgrund der Beschädigungen
- ständige Unterhaltung, Erneuerung und Reparatur der Beschilderung

Hierbei ist anzumerken, dass die durch Verkehrsunfälle entstandenen Schäden meist zu Lasten der Stadt Siegen gehen, da häufig Fahrerflucht vorliegt.

Die Reparaturarbeiten an der Bordanlage und der Flussbahn sind wegen der Wasserführung sehr kostenintensiv.

Darüber hinaus bieten diese provisorischen Querungshilfen einen Anblick, der einer optimalen Straßenraumgestaltung nicht angemessen ist.

Die beiliegenden Fotoaufnahmen zeigen die Lage der provisorischen Mittelinseln im Straßenraum und im Detail ihren Zustand.

Die Verwaltung schlägt daher vor, dass die vorhandenen Querungshilfen mittelfristig durch Zebrastreifen ersetzt werden. Dabei werden die durch die neue R-FGÜ 2001 gestellten Anforderungen gemeinsam von der Straßenverkehrsbehörde, Straßenbaubehörde und Polizeibehörde einvernehmlich festgelegt.

Anmerkung:

Sofern der Entsorgungsbetrieb Siegen in den fraglichen Bereichen Kanalbauarbeiten durchführt, sollen die Querungshilfen im Zuge der Baumaßnahme durch Zebrastreifen ersetzt werden.

Der Bauhof hat darüber hinaus einen Sachstandsbericht erstellt, der sich mit den Querungshilfen und Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung befasst. Dieser Bericht ist zur Information beigelegt.

Es wird vorgeschlagen, dass die Arbeitskommission des Verkehrsausschusses sich in der Örtlichkeit ein Bild über die vorhandenen Maßnahmen macht und eine entsprechende Empfehlung an den Verkehrsausschuss aussprechen wird.

Finanzielle Auswirkungen

☒ ja☐ nein

| Gesamtkosten der Maßnahme | jährliche Folgekosten | Finanzierung Eigenanteil | Finanzierung objekt bezogene Einnahmen | Abstimmung mit dem Kämmerer |
|------------------------------|-----------------------|--------------------------|--|---|
| 30.000 € (jährlich 7.500) | 1 % | 30.000 € | ---- | <input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen |

Veranschlagung

| | | | | |
|---|-----------------------------------|-------------------------------|---|---------------------------------|
| <input checked="" type="checkbox"/> im VermH 2003 - 2006 | <input type="checkbox"/> im VerwH | <input type="checkbox"/> Nein | <input checked="" type="checkbox"/> Ja, mit 20.000 € | Haushaltsstelle 1.630.9522.0 |
|---|-----------------------------------|-------------------------------|---|---------------------------------|

Im Auftrag

Schul

Anlagen: Sachstandsbericht
Foto-Seiten